



Demonstration am vergangenen Donnerstag in Köln-Kalk: „Uns drohen Zustände wie in den Vorstädten von Paris“

INTEGRATION

Stich ins Herz

Nach dem gewaltsamen Tod eines Marokkaners gingen in Köln vorige Woche jeden Abend Hunderte Ausländer auf die Straße: Sie fühlen sich wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

Die Gitter vor dem Schaufenster hatte der Inhaber des Elektronikladens an der Kalker Hauptstraße in Köln aus Angst vor Randalen vorsorglich runtergelassen. An den Stäben hängen jetzt Bilder des 17-jährigen Marokkaners Salih, der hier am vorvergangenen Freitag getötet wurde. Auf den Betonplatten des Gehwegs brennt ein Meer von Kerzen. „Salih, Salih!“, skandieren Hunderte Kehlen: „Wir wollen Gerechtigkeit!“

Salih war einer von ihnen, ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Für die Polizei ist die Sache klar. Salih habe einen 20-jährigen Deutschen ausrauben wollen. Der wehrte sich, geriet in Panik, zog ein kleines Taschenmesser – und traf Salih mit einem unglücklichen Stich ins Herz. Der Staatsanwalt erkannte auf Notwehr. Es gibt sogar Zeugen. Doch das spielt längst keine Rolle mehr.

Und deshalb zogen an jedem Abend der vergangenen Woche bis zu 300 Demonstranten an den Tatort, forderten „Gerechtigkeit“, weil einer der ihren starb und der Täter schon wieder auf freiem Fuß ist. Sie protestierten gegen „Rassismus in Deutschland“ – und eben weil die Notwehr-Version so klar scheint, zeigen die Proteste, dass es um mehr geht als den 17-jährigen Salih. Es geht darum, wie sich Migranten in Deutschland derzeit behandelt fühlen.

Denn der Stich des Deutschen traf auch das Selbstbewusstsein all jener Zugewanderten, die sich abgekoppelt fühlen – ohne ordentlichen Schulabschluss, ohne Berufsausbildung, ohne Perspektive. Der Frust ist groß. „Wir sitzen auf einem Pulverfass. Uns drohen Zustände wie in den Vorstädten von Paris“, warnt der ehemalige Polizeipräsident und CDU-Fraktionschef im Kölner Stadtrat, Winrich Granitzka.

Köln ist nicht Paris, und in Kalk sieht es nicht aus wie in den Banlieues, den Vorstädten der französischen Hauptstadt mit ihren Hochhäusern. Doch in Kalk, wo früher ein Chemiewerk stand, ist es ähnlich trist. Das neue Einkaufszentrum ist grell und wuchtig, es will so gar nicht ins Grau dieses Stadtteils passen.

54,7 Prozent der Einwohner von Kalk sind Ausländer oder stammen von mindestens einem ausländischen Elternteil ab, es leben überdurchschnittlich viele junge Leute zwischen 15 und 18 Jahren dort, unterdurchschnittlich dagegen ist das Bildungsniveau. 90 Prozent der Arbeitslosen in Kalk gelten als Langzeitarbeitslose.

„Mir kommt es so vor, als würden sie immer nur Verlierer hierher schicken“, sagt Kemal Düzardic, 22, ein Freund des Toten. Bei Regen und Kälte verharren sie vor den Bildern des Toten und den Kerzen, die an ihn erinnern sollen. Und sie suchen

die Antwort auf eine Frage, die alle hier bewegt. Was wäre, wenn ein Deutscher tot, der Täter einer von ihnen wäre?

Schon acht Stunden nach der Tat teilte die Polizei mit, es sei Notwehr gewesen und es werde keine Anklage geben. „Das war wohl etwas unglücklich formuliert“, räumt Catherine Maus von der Kölner Polizei im Nachhinein ein.

Die unglückliche Formulierung fiel in eine unglückliche Zeit. „Wir haben zu viele kriminelle Ausländer“, hatte Ende Dezember Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) gesagt. Ausländer hätten sich anzupassen, ein Entgegenkommen der Deutschen dürften sie nicht erwarten.

Mal abgesehen davon, dass viele der Kalker Jugendlichen sich nicht als Ausländer fühlen, weil sie im Schatten der Domtürme geboren sind und das kölsche Idiom pflegen: Kochs populistischer, dem Wahlkampf geschuldeter Frontalangriff hallt unter Zuwanderern nach.

„Stoppt diesen Rassisten“, titelte die türkische Zeitung „Hürriyet“ und zeigte eine Karikatur des hessischen Hardliners mit überlanger Nase. SPD, Linke und Grüne und auch manche Christdemokraten gingen auf Distanz zu Koch. Nur die „Bild“-Zeitung hielt dagegen und präsentierte fast täglich ausländische Intensivtäter mit langen Sündenregistern.

Aber auch die Menschen mit Migrationshintergrund in Kalk lesen „Bild“. „Was soll die Scheiße? Wir sind hier aufgewachsen, wir sind nicht kriminell, warum werden wir anders behandelt als die anderen Deutschen?“, erregt sich ein junger Mann.

Mehr als 40 Jahre lang sollte Deutschland kein Einwanderungsland sein. Das blieb nicht ohne Folgen. 72 Prozent der in Deutschland lebenden Türken, die mit rund 1,7 Millionen die größte Ausländer-



Täter, Polizisten: Kein Zweifel an der Notwehr-Version

gruppe darstellen, haben keine qualifizierte Ausbildung. 40 Prozent der Jugendlichen aus Ausländerfamilien gehen weder zur Schule noch machen sie eine Lehre. Sie jobben, hängen rum, sie stellen einen überproportionalen Anteil an Gewalttätern.

„Die Stadt Köln tut viel für die Integration“, sagt der Leitende Polizeidirektor Michael Temme, der den Demo-Einsatz sorgfältig überwacht und analysiert. Doch es gebe „Brennpunkte“ in der Stadt, auch in Kalk. Dort stellt er sich jetzt jeden Abend die bange Frage: Kommt gleich der Funke, der das Pulverfass zur Explosion bringt? Klirren dann Schaufensterscheiben, gehen Autos in Flammen auf?

„Wir fühlen uns wie Menschen zweiter Klasse“, sagt ein Marokkaner, so um die 40. „Es wird niemals aufhören, vielleicht wird es immer schlimmer“, sagt ein junger

Mann. „Salih, Salih!“, ruft eine Gruppe härterer Typen. Sie wollen eine andere Gerechtigkeit. Es klingt eher wie ein Ruf nach Rache.

„Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen“, fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün in Anlehnung an den Ex-Bundespräsidenten Roman Herzog. „Wir brauchen endlich eine Gesellschaftspolitik, die auf Akzeptanz basiert, und eine grundlegende Reform der Bildungs- und Sozialpolitik“, sagt sie. Die Deutschen brauchten die Ausländer, und die brauchten die Deutschen. Demografen und Arbeitsmarktforscher sehen das genauso.

Wenn man den Menschen keine qualifizierte Ausbildung verschafft, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, drohe „Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel“. Schon jetzt beziffert eine Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Kosten mangelnder Integration auf 16 Milliarden Euro. Viele Migranten seien häufig arbeitslos, verdienten schlechter, zahlten weniger Steuern und Sozialabgaben.

Die Demonstranten von Köln-Kalk wissen das, und es ist dieses Gefühl, das die Lage so brisant macht. Das Gefühl, keine Chance zu haben, ausgegrenzt zu werden. Etwa ein Fünftel der Ausländerkinder, so ergab eine Befragung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München, sieht sich „stark diskriminiert“ oder „individuell benachteiligt“. Mehr als die Hälfte fühlt sich weder anerkannt noch gleichberechtigt. „Das sind dramatische Einschätzungen, die sie aufgrund eigener Erfahrungen gemacht haben“, sagt DJI-Wissenschaftler Jan Skrobanek.

„Wir sind hier nicht willkommen“, sagt die 14-jährige Fatima aus Kalk und zieht sich vor dem Bild Salih's demonstrativ

das Kopftuch tief ins Gesicht. „Nach der Grundschule werden wir an die Hauptschule weitergereicht. Keiner von uns darf auf die Realschule, dahin gehen nur Deutsche“, sagt sie. Ihre drei älteren Geschwister haben nach der Hauptschule keine Lehrstelle gefunden. Auch Fatima macht sich kaum Hoffnungen.

Experten sind sich einig, dass die Jugendkriminalität in Deutschland kein ethnisches Problem ist, sondern ein soziales. Zuwandererkinder aus Mittelschichtfamilien und jene, die Erfolg haben in der Schule, bleiben in der Regel unauffällig. Und wer den Anschluss findet an Ausbildung und Arbeit, weiß Jugendforscher Skrobanek, der habe auch ein „signifikant geringeres Gefühl der Benachteiligung“.

„Wir müssen alles tun, damit der hohe Anteil von 40 Prozent junger Migrantinnen und Migranten ohne berufliche Qualifikation entscheidend gesenkt wird“, kündigte die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer jüngst an. 350 Millionen Euro will die Bundesregierung dafür in den kommenden drei Jahren ausgeben. Mindestens 4000 Euro Zuschuss sollen Arbeitgeber erhalten, die einem bereits gescheiterten Bewerber einen Ausbildungsplatz geben. Ein Anfang.

„Die Einwanderer müssen aber auch dazu beitragen“, fordert SPD-Politikerin Lale Akgün. „Sie müssen ihre Blockadehaltung aufgeben und ankommen in dieser Gesellschaft.“ Ein Drittel der ausländischen Eltern, ergab eine Befragung des Zentrums für Türkeistudien in Essen, hätte ein Problem mit einem deutschen Schwiegersohn. Von den Alten ist also wenig zu erwarten – was die Zukunft der Kinder erschwert.

„Viele Kinder erleben in der Erziehung häufig eine Inkonsistenz, die sie überfordert“, sagt Haci-Halil Uslucan von der Universität Magdeburg. Zu Hause das patriarchalisch geprägte, auf Gehorsam bedachte Elternhaus, in der Schule Eigenverantwortung, Entscheidungsfreiheit und Gleichberechtigung. „Diese Brüche können sie nur schwer verarbeiten“, sagt Uslucan.

Wer Chancengleichheit herstellen und verhindern will, dass ausländische Jugendliche in die Kriminalität abgleiten, so der Volkswirt und Kriminologe Horst Entorf, müsse bei Sprachförderung und der Erziehung in Kindergärten anfangen.

Salih, der Tote von Kalk, war für die Polizei ein unbeschriebenes Blatt. „Er wollte sein Fachabitur machen“, sagt sein Bruder Abdallah, 23, der Elektrotechnik studiert. Auch Abdallah war vorige Woche auf der Straße. Aber die Scharfmacher unter den Demonstranten sind ihm unheimlich.

Vor ein paar Tagen war der marokkanische Generalkonsul bei ihm und seinen Eltern. Er hat ihnen erklärt, dass die Polizei sauber ermittelt habe. Und dennoch fragt sich Abdallah: Wäre ein Ausländer genauso schnell freigekommen?

BARBARA SCHMID, ANDREAS ULRICH



Ministerpräsident Koch
Populistischer Frontalangriff